



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT
WIEN, I., STUBENRING 12

Wien, am 2. Juli 1962
Sp-BA 1385/62

Betrifft: Resolution der gewerblichen Wirtschaft zu den
Schulgesetzentwürfen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter !

Das Präsidium der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat sich am 29. 6. auf Grund der im Kammertag vom 20. 6. vorgebrachten Anträge neuerlich mit den Entwürfen zu den Schulgesetzen befasst und beschlossen, an die Mitglieder der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates mit allem Nachdruck die Bitte zu richten, bei den abschliessenden Beratungen vor allem auf nachfolgende Forderungen Bedacht zu nehmen:

1.) Entsprechend den ausführlichen Darlegungen in den Gutachten der Bundeswirtschaftskammer muss gegen die Schaffung des polytechnischen Lehrganges Stellung genommen werden. Die vorgesehene Verlängerung der Schulpflicht soll in einer für alle Kinder verbindlichen 5. Volksschulstufe vorgenommen werden.

2.) Für völlig unerträglich wird die Diskriminierung der Meisterlehre erachtet. Die Benachteiligung der Lehrlinge gegenüber den Schülern der berufsbildenden Fachschulen kann nicht gutgeheissen werden. Der sozial schwächer gestellte Lehrling darf nicht noch durch einseitige Verlängerung der Schulpflicht gegenüber dem in der Regel sozial günstiger gestellten Schüler in seinem beruflichen Fortkommen behindert werden.

3.) Es muss darauf bestanden werden, dass die gewerbliche Wirtschaft in den kollegialen Schulaufsichtsorganen wie früher mit beschliessender Stimme vertreten ist.

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bittet Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, um Unterstützung dieser Forderungen der gewerblichen Wirtschaft.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

Ing. Julius Raab e.h.

Dr. Korinek e.h.